

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen),
Friedrich Merz, Ilse Aigner, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land),
Norbert Hauser (Bonn), Dr.-Ing. Rainer Jork, Werner Lensing,
Erich Maaß (Wilhelmshaven), Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Thomas Rachel,
Katherina Reiche, Kurt J. Rossmanith, Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke),
Dr. Erika Schuchardt, Bärbel Sothmann, Angelika Volquartz,
Heinz Wiese (Ehingen), Wolfgang Zöller und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/655 –**

Deutschland muß verlässlicher Partner in europäischer Raumfahrt bleiben

A. Problem

Deutschland soll ein verlässlicher Partner in der europäischen Raumfahrt bleiben. Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei den Entscheidungen während der ESA-Ministerkonferenz am 11. und 12. Mai 1999 eine angemessene deutsche Beteiligung an den ESA-Projekten sicherzustellen.

B. Lösung

Eine Mehrheit des Ausschusses vertritt die Auffassung, daß die Bundesregierung auf der ESA-Ministerratskonferenz ein gutes Ergebnis erzielt hat und Deutschland dadurch weiterhin eine anerkannt gestaltende Rolle in der europäischen Raumfahrt spielen wird. Der vorliegende Antrag wird in geänderter Fassung angenommen.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Eine Minderheit im Ausschuß fordert, die Mittel für das nationale Raumfahrtprogramm in der mittelfristigen Finanzplanung um 10 % zu erhöhen, um die Nichtbeteiligung Deutschlands an bestimmten ESA-Projekten zu kompensieren.

D. Kosten

Die Kosten wurden im Detail nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/655 – in folgender Fassung anzunehmen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die Bundesregierung auf der ESA-Ministerkonferenz am 11. und 12. Mai 1999 die im Bundeskabinett am 28. April 1999 beschlossene Verhandlungslinie erfolgreich umgesetzt hat. Dieser Erfolg ist deshalb besonders hoch zu bewerten, weil es der Bundesregierung gelang, die von der vorherigen Bundesregierung verursachten Finanzschwierigkeiten, die zum einen in einer überproportionalen Verpflichtung für den Aufbau der Internationalen Raumstation und zum anderen in einer unzureichenden Haushaltsvorsorge bestanden, zu überwinden. Auf der Konferenz hat die Bundesregierung die Beteiligung Deutschlands an folgenden Programmen zugesagt:

- ARIANE
- Erdbeobachtung
- Satellitennavigation
- Wissenschaftsprogramm
- Mikrogravitation
- Internationale Raumstation

Diese Beteiligungen erfolgen in einem von allen Mitgliedstaaten der ESA vereinbarten Rahmen.

Das von der Bundesregierung angestrebte und vollständig erreichte Verhandlungsziel wird von der deutschen Raumfahrtindustrie und der Wissenschaft mitgetragen. Es konnte dabei insbesondere gesichert werden:

- Konkurrenzfähigkeit des europäischen Transportsystems ARIANE 5 auf dem Weltmarkt
- Vorrangstellung der deutschen Unternehmen bei der Erdbeobachtung
- die Definitionsphase für das europäische Satellitennavigationssystem Galileo
- die international hervorragende Bedeutung der deutschen Weltraumwissenschaften
- Nutzung der Internationalen Raumstation durch Beteiligung am Mikrogravitationsprogramm
- Aufbau und früher Betrieb der Internationalen Raumstation

Damit wurden wichtige Weichenstellungen für die zukünftige Raumfahrtpolitik Europas vorgenommen.

- Die Raumfahrtpolitik der ESA wurde stärker anwendungsorientiert und auf den konkreten Nutzen für den Menschen ausgerichtet.
- Im Rahmen des ARIANE-Programms ist es erstmals gelungen, die Unternehmen an den Entwicklungskosten substantiell zu beteiligen.

- Für das europäische Satellitennavigationssystem wurde das Prinzip der Public Private Partnership für das weitere Vorgehen festgelegt.
- Der Betrieb der Internationalen Raumstation soll industrialisiert und damit anwendungsnäher und kostengünstiger werden.
- Mit der Beseitigung der automatischen Anpassung des Wissenschaftsprogramms an die Inflation wurde der ESA eine stärkere Kostenverantwortung übertragen. Die ESA erhielt den Auftrag, die Abschaffung der automatischen Inflationsanpassung auch für andere Programme zu prüfen. Damit wurde ein wichtiger Schritt zur Reform dieser Organisation vorgenommen.

Mit diesem Erfolg auf der ESA-Konferenz hat die Bundesregierung in der europäischen Raumfahrtspolitik eine anerkannte gestaltende Rolle übernommen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, diesen durch

- breitere Anwendungsorientierung,
- stärkere unternehmerische Verantwortung,
- höhere Effizienz

geprägten Weg weiter zu verfolgen.

Bonn, den 23. Juni 1999

Der Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Jürgen W. Möllemann
Vorsitzender

Lothar Fischer (Homburg)
Berichterstatter

Ilse Aigner
Berichterstatterin

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Cornelia Pieper
Berichterstatterin

Angela Marquardt
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Lothar Fischer (Homburg), Ilse Aigner, Hans-Josef Fell, Cornelia Pieper und Angela Marquardt

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/655 – wurde vom 14. Deutschen Bundestag in seiner 35. Sitzung am 22. April 1999 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß, den Finanzausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union und an den Haushaltsausschuß überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Im Vorfeld der ESA-Ministerratskonferenz am 11. und 12. Mai 1999 in Brüssel wird die Bundesregierung aufgefordert, die international eingegangenen Verpflichtungen für eine deutsche Beteiligung am europäischen Raumstationsentwicklungsprogramm einzuhalten, das Nutzungskonzept für die Internationale Weltraumstation weiterzuentwickeln und die finanziellen Mittel für eine angemessene Beteiligung Deutschlands zur Verfügung zu stellen, die ARIANE-5-Weiterentwicklung mitzufinanzieren, den Aufbau eines europäischen satellitengestützten Navigationssystems zu unterstützen und eine angemessene Beteiligung Deutschlands am Erdbeobachtungsprogramm der ESA sicherzustellen. Deutschland müsse weiterhin ein verlässlicher Partner in der europäischen Raumfahrt bleiben.

III. Beratungsergebnisse der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuß** hat aus Termingründen auf die Mitberatung verzichtet.

Der **Finanzausschuß** hat am 16. Juni 1999 einstimmig beschlossen, auf die Mitberatung des Antrags zu verzichten.

Der **Ausschuß für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 16. Juni beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktion SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Der **Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 23. Juni 1999 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS für erledigt erklärt.

Der **Haushaltsausschuß** hat in seiner Sitzung am 30. Juni 1999 auf die Mitberatung der Vorlage verzichtet.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnis im federführenden Ausschuß

Der **Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seinen Sitzungen am 21. April und 16. Juni 1999 ausführlich beraten. Die ESA-Ministerratskonferenz fand zwischenzeitlich am 11. und 12. Mai 1999 in Brüssel statt.

Das zuständige Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) legte dem Ausschuß vor der ESA-Konferenz einen schriftlichen Bericht über die Zielsetzung der Bundesregierung in der Raumfahrtpolitik und insbesondere hinsichtlich der europäischen Zusammenarbeit im Rahmen der Projekte der europäischen Weltraumagentur (ESA) vor (Ausschußdrucksache 14–79).

Nach der Konferenz erstattete das BMBF dem Ausschuß wiederum einen schriftlichen Bericht über die Ergebnisse der ESA-Ministerratskonferenz (Ausschußdrucksache 14–86). In diesem Bericht bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse der Konferenz zusammenfassend als einen Erfolg für die Raumfahrt in Deutschland und in Europa. Der deutschen Seite sei es gelungen, alle wesentlichen Forderungen durchzusetzen und eine Neuausrichtung der europäischen Raumfahrtpolitik einzuleiten. Insbesondere für die Satellitennavigation im Programm Galileo konnte die Grundlage für ein neues Verhältnis zwischen industriellen Eigenanstrengungen und staatlicher Förderung geschaffen werden.

Von seiten der Fraktion der SPD im Ausschuß wurde kritisiert, daß die frühere Bundesregierung für wichtige ESA-Projekte keine ausreichende Haushaltsvorsorge getroffen hatte. Darüber hinaus habe die frühere Bundesregierung einen viel zu hohen deutschen Anteil an den Entwicklungs- und Betriebskosten der internationalen Weltraumstation zugesagt. Zwar räume die jetzige Bundesregierung der Raumfahrt einen anderen Stellenwert als die frühere Bundesregierung ein, aber sie plane keine weitere Absenkung des Raumfahrtetats bis mindestens zum Jahre 2002. Das Ziel der von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN getragenen Bundesregierung auf der ESA-Ministerratskonferenz sei es gewesen, mehr Raumfahrt für das Geld zu erhalten. Dies sei gelungen. Die Forderungen im Antrag der Fraktion der CDU/CSU seien im wesentlichen bereits erfüllt. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legten deshalb einen Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/655 – vor (Ausschußdrucksache 14–93), der der vorgenannten Beschlußempfehlung des Ausschusses entspricht.

Von seiten der antragstellenden Fraktion der CDU/CSU wurde hervorgehoben, daß Deutschland ein verlässlicher Partner der europäischen Zusammenarbeit in der Raumfahrt bleiben müsse. Die Mittelkürzungen für die Raumfahrt im Haushaltsplan 1999 der Bundesregierung seien

ein falsches Signal und würden die Stellung der deutschen Wissenschaft und Industrie in der internationalen Zusammenarbeit schwächen. Entgegen ihrem Wahlversprechen, die Investitionen im Bereich der Forschung in den nächsten Jahren zu verdoppeln, sei der Haushaltsansatz für die ESA-Beiträge von der Bundesregierung gekürzt worden. Obwohl festzustellen sei, daß die Bundesregierung nach Gesprächen mit Vertretern von Wissenschaft und Industrie eine Teilumkehr von ihrem ursprünglichen Plan zur zukünftigen Raumfahrtpolitik durchgeführt habe, könne einigen Entscheidungen der Bundesregierung auf der ESA-Ministerkonferenz nicht zugestimmt werden. Dies betreffe insbesondere die Verminderung der deutschen Beteiligung am ESA-Mikrogravitationsprogramm und vor allem den Verzicht auf eine deutsche Beteiligung am ESA-Programm FLTP zur Entwicklung von Technologien für wiederverwendbare Raumtransporter. Nach Vorlage der Ergebnisse der ESA-Ministerratskonferenz brachte die Fraktion der CDU/CSU folgenden Änderungsantrag (Ausschußdrucksache 14–92) zu ihrem eigenen Antrag in Drucksache 14/655 ein:

Der Bundestag wolle beschließen, den Antrag – Drucksache 14/655 – in folgender Fassung anzunehmen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die Bundesregierung aufgrund der intensiven Verhandlungen ihre ursprüngliche Planung, sich aus wesentlichen Teilen der europäischen Raumfahrt zurückzuziehen, aufgegeben hat. Auf der Ministerkonferenz am 11. und 12. Mai 1999 hat die Bundesregierung die Beteiligung Deutschlands an folgenden Programmen verbindlich zugesagt:

- *Betrieb der Internationalen Raumstation (ISS)*
- *Wissenschaftsprogramm 1999-2002*
- *ARIANE 5 – Oberstufe plus Begleitprogramme*
- *Erdbbeobachtungsrahmenprogramm*
- *Satellitennavigation – Galileosat*
- *Mikrogravitation, allerdings mit deutlich reduziertem deutschen Anteil*

Diese Beteiligungen erfolgen in einem von allen Mitgliedstaaten der ESA vereinbarten Rahmen.

Für die Beteiligung an einem europäischen ESA-Technologieprogramm für zukünftige Raumtransportsysteme (FLTP) und Artes 1/3 (Telekommunikation) wurde von deutscher Seite keine Beteiligung zugesagt.

Laut Kabinettsbeschuß sollen diese Programme zukünftig im nationalen Programm gefördert werden:

- *FLTP – Zukünftige Raumtransportsysteme*
- *Mikrogravitation (in Ergänzung zum deutlich reduzierten deutschen Anteil auf europäischer Ebene)*
- *Artes 1/3 – Telekommunikation*

Für die Durchführung im nationalen Programm liegt allerdings noch kein Finanzrahmen vor. Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, im mittelfristigen Finanzplan die Mittel für das nationale Raumfahrtprogramm um 10 % zu erhöhen.

Begründung:

Nach dem Entschluß Deutschlands bei der ESA-Ministerratskonferenz 1999, aus der weiteren Entwicklung des europäischen ESA-Technologieprogramms für zukünftige Raumtransportsysteme (FLTP) auszusteigen, wurde durch Kabinettsbeschuß und Zusage der Bundesregierung gegenüber Industrie und Wissenschaft beschlossen, die entsprechenden Mittel im Gegenzug im nationalen Programm zur Verfügung zu stellen.

Hier liegt allerdings noch kein ausreichender Finanzrahmen vor.

Während der Verhandlungen auf der ESA-Ministerratskonferenz wurde entgegen dem Kabinettsbeschuß eine Beteiligung am Mikrogravitationsprogramm auf europäischer Ebene zugesagt, allerdings auf einem deutlich reduzierten Niveau. Für das jetzt im ESA-Rahmen nur ungenügend gezeichnete Mikrogravitationsprogramm müssen zum Ausgleich Mittel im nationalen Programm eingestellt werden. Gemäß Zusage der Bundesregierung gegenüber Wissenschaft und Industrie müssen jetzt zusätzliche Mittel im nationalen Programm eingeplant werden, da sonst die Nutzung der Internationalen Raumstation im Rahmen des Mikrogravitationsprogrammes gefährdet ist.

Nur unter den oben angeführten Voraussetzungen konnte bei den schwierigen Vorverhandlungen zur ESA-Ministerratskonferenz, an der auch Industrie und Wissenschaft beteiligt waren, eine Einigung der Beteiligten erreicht werden.

Damit die für den Standort Deutschland wichtigen und schon unter der letzten Bundesregierung eingeleiteten Programme, die die Anforderungen von „best science“, wirtschaftlichem Nutzen, „public private partnership“ und KMU-Beteiligung erfüllen, nicht wieder gefährdet werden, ist eine Kompensation der deutschen Beiträge im europäischen Technologieprogramm nur durch eine entsprechende Aufstockung der Mittel im nationalen Programm möglich.

Von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde erklärt, daß der Antrag der Fraktion der CDU/CSU in Drucksache 14/655 eine Liste des Wünschbaren in der Raumfahrt darstelle. Die Machbarkeit hänge allerdings von der Finanzierbarkeit ab, und diese sei durch die Haushaltsbelastungen, die die frühere Bundesregierung von CDU/CSU und F.D.P. zu verantworten habe, eingeschränkt. Aus der Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei eine Erhöhung des deutschen Engagements beim Erdbbeobachtungsprojekt der ESA wünschenswert. Die erfolgreichen Verhandlungen und die Ergebnisse der ESA-Konferenz zeigten den hohen Stellenwert, den die Bundesregierung der Raumfahrt zuordne.

Von Seiten der Fraktion der F.D.P. wird bedauert, daß die Bundesregierung keinen stärkeren Schwerpunkt im Technologiebereich Raumfahrt setze. Statt das Innovationspotential dieses Technologiebereichs hervorzuheben, werde bei der Bundesregierung im wesentlichen nur über Kostensenkungen nachgedacht. Die Raumfahrt gehöre

zu den Technologiebereichen, mit denen die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands gestärkt werden könne. Deshalb sollten die Fördermittel für die Raumfahrt erhöht werden. Die eingeführte Budgetdisziplin bei der ESA und die Beteiligung der Industrie an verschiedenen ESA-Projekten werde ausdrücklich begrüßt. Die Haushaltsplanung der Bundesregierung entspreche aber nicht dem Wahlversprechen, die Mittel für Forschung und Entwicklung zu verdoppeln.

Von seiten der Fraktion der PDS wird kritisiert, daß die Mittel für die Raumfahrt, und hier insbesondere für die bemannte Raumfahrt, völlig überdimensioniert seien. Die Internationale Weltraumstation sei viel zu kostspielig. Deutschland sollte aus diesem Projekt aussteigen. Hier wäre eine gute Möglichkeit für die Bundesregierung, Haushaltsmittel einzusparen. Wenn Technologieentwicklungen in der Raumfahrt stattfinden sollen, müßte

die Wirtschaft stärker zur Finanzierung herangezogen werden. Die Fraktion der PDS könne deshalb keinem der vorgelegten Anträge zustimmen.

Der Ausschuß stimmte über die vorgelegten Änderungsanträge zur Drucksache 14/655 am 23. Juni 1999 wie folgt ab:

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU in Ausschußdrucksache 14-92 wurde mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Ausschußdrucksache 14/93 wurde mit der Mehrheit der Stimmen der antragstellenden Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS angenommen.

Bonn, den 23. Juni 1999

Lothar Fischer (Homburg)

Berichterstatter

Ilse Aigner

Berichterstatterin

Hans-Josef Fell

Berichterstatter

Cornelia Pieper

Berichterstatterin

Angela Marquardt

Berichterstatterin

